Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen Bocholt: Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 185 | Samstag, den 9. Juli | Jahrgang 1927

Die vereitelte Kompromißlösung.

Die schon am Donnerstag erkennbare Wahrscheinlichkeit, daß der Reichstag ohne Beschlußfassung über die Feiertagsanträge in die Ferien gehen würde, hat sich nunmehr bestätigt. Genau wie jeder andere, der die Parteiverhältnisse im Reichstag kennt, waren natürlich auch die Demokraten und Sozialdemokraten darüber im klaren, daß sich für ihren Antrag, den 11. August zum Nationalfeiertag zu machen, keine Mehrheit schaffen ließ, daß auch die Stimmen des Zentrums dazu nicht ausreichen würden. Wenn man also ernstlich darauf bedacht war, dem Verfassungstag ein offizielles, feierliches Gepräge zu geben, mußte man die Frage durch eine Kompromißlösung zu regeln suchen. Diese Lösung bot der Zentrumsantrag. Daß er uns, soweit der Verfassungstag in Frage kommt, nicht restlos befriedigt, haben wir gestern zum Ausdruck gebracht. Aehnlich haben sich auch die „Germania" und die „Kölnische Volkszeitung" geäußert. Unbestreitbar aber trägt er den parlamentarischen Schwierigkeiten Rechnung, und da der Spatz in der Hand immer noch wertvoller ist als die Taube auf dem Dache, hätten diejenigen, denen es um den Verfassungstag ernstlich zu tun war, auf den Boden dieses Antrages treten können. Ob er schließlich eine Mehrheit gefunden hätte, läßt sich nicht mit Sicherheit behaupten, aber es lagen doch Momente vor, die dies bejahen. Nun aber hat die Haltung der Sozialdemokraten im Rechtsausschuß des Reichstages es verhindert, daß diese Möglichkeit versucht wurde. Sie bestanden auf Trennung der Beratung über den Verfassungstag von der Beratung über die gesetzliche Festlegung der kirchlichen Feiertage und trieben so die Verhandlungen zu dem überraschenden Schluß, daß die Mitglieder des Rechtsausschusses auseinandergingen, ohne in eine Spezialdebatte einzutreten.

Die vom Reichsrat am Freitag beschlossene Initiativvorlage über die Erklärung des 11. August zum Nationalfeiertag lag, wie wohl zu beachten ist, der Beratung des Rechtsausschusses noch nicht zu Grunde. Diese Vorlage wird dem Reichstag noch von der Reichsregierung unter Darlegung ihrer eigenen Stellungnahme zugeleitet werden. Sie wird dann zunächst auf die Tagesordnung der Vollversammlung gesetzt und dann dem Rechtsausschuß zur Beratung überwiesen werden. Das ist der von der Geschäftsordnung des Reichstages vorgeschriebene Weg. Da aber das Parlament entschlossen ist, heute auf vier Monate in die Ferien zu gehen, wird es erst im Spätherbst Gelegenheit haben, sich mit dem Antrag des Reichsrats zu befassen. Es ist anzunehmen, daß er dann zugleich mit den aus dem Reichstag hervorgegangenen Anträgen zur Beratung gestellt werden wird. Wie aber die parlamentarischen Verhältnisse liegen, wird der Reichsratsantrag ebensowenig wie der demokratisch-sozialistische Antrag praktische Konsequenzen haben. Wenn in der Frage des Verfassungstages etwas Positives erreicht werden soll, kann es nur auf der Grundlage des Zentrumsantrages geschehen, wenigstens, solange der Reichstag seine jetzige Zusammensetzung hat.

Die Verfassungsfeier wird sich also in diesem Jahre in ähnlicher Weise abspielen wie in den Vorjahren. Immerhin hat die Reichsregierung sich insofern fortschrittlich im Sinne der Verfassungsfreunde gezeigt, daß sie für die Behörden, soweit sie dazu in der Lage ist, Sonntagsdienst angeordnet und an die Länder eine entsprechende Empfehlung hat gelangen lassen. Mehr zu tun, dafür reichen ihre Befugnisse nicht aus.

Severing vor dem Femeausschuß.

◇ Berlin, 8. Juli.

Im Femeausschuß des Reichstages wurde heute die Vernehmung des frühern preußischen Ministers des Innern Severing vorgenommen. Severing bekundete zunächst, daß irgendein Zusammenarbeiten mit den Arbeitskommandos der Schwarzen Reichswehr nicht stattgefunden habe. Zur Zeit des Ruhreinbruches sei es allerdings mit der Reichswehr zu einer Vereinbarung gekommen über die Erfassung der Heeresgeräte, die sich in Händen der Organisationen befanden. Ueber diese Dinge sollten keine Schriftstücke geführt werden, und zwar im Interesse der Landesverteidigung. Akten über die Schwarze Reichswehr seien im preußischen Innenministerium nur insoweit vorhanden, als ein Verdacht bestand, daß mit der Reichswehr private Wehrorganisationen verbunden waren. Abg. Kreuzburg (Komm.) verweist auf die Aussage des Abg. Levi (Soz.), wonach ein Abkommen Ebert-Seeckt-Severing bestanden habe, das sich mit dem Landesschutz befaßte. Der Zeuge erwidert, daß es sich dabei um einen Entwurf handelte. Auf Befragen betont der Zeuge, daß niemals auf seiten des preußischen Innenministers gesagt worden sei, die Arbeitskommandos zum Grenzschutz gegen Polen heranzuziehen.

Abg. Scheffer (Dnatl.) weist auf die Aussage des Obersten Schleicher hin, daß zwischen dem Reichswehrministerium und dem preußischen Innenministerium nach dem Ruhreinbruch Besprechungen stattgefunden hätten, um die Arbeitskommandos als Verstärkung der Reichswehr für den Grenzschutz im Osten einzusetzen. Der Zeuge Severing erwidert, daß ihn bei den Besprechungen nur das Bestreben geleitet habe, die Verbindung zwischen Reichswehr und illegalen Organisationen zu verhindern. Ein Arbeitskommando, das die ihm übertragenen Aufgaben nur vorschütze, um sich zu größerer Formation auszugestalten, sei als illegal zu bezeichnen. Die Arbeitskommandos hätten aber im Jahre 1923 bereits wieder legale Formen angenommen. Auch die Reichswehr habe sich selbst gegen die Verstärkung der Arbeitskommandos ausgesprochen. Der nächste Zeuge, Staatssekretär Dr. Abegg, sagt aus, daß eine ständige Zusammenarbeit zwischen dem preußischen Innenministerium und dem Reichswehrministerium in der vorliegenden Frage nicht bestanden habe. Nur von Fall zu Fall seien anfänglich Erörterungen gepflogen worden, die sich mit Uebergriffen der einzelnen Organisationen beschäftigten. Später sei es dann zu Vereinbarungen zwischen dem Reichswehrministerium und dem preußischen Innenministerium gekommen, die den Landschutz und den Schutz der Verfassung betrafen.

Damit war die Vernehmung des Zeugen Dr. Abegg abgeschlossen. Auf die Vernehmung des Vizepolizeipräsidenten Dr. Weiß wurde verzichtet. Der Ausschuß wird die Beweisaufnahme in einer Sitzung nach den Sommerferien fortsetzen.

Die Verlängerung des Steuermilderungsgesetzes.

)(Berlin, 8. Juli. Im Steuerausschuß des Reichstages wurde heute die Verlängerung des Steuermilderungsgesetzes, das Fusionen im Interesse der Rationalisierung begünstigt, um ein Jahr angenommen. Nach längerer Aussprache wurde eine Regierungsvorlage angenommen, wonach für Anleihen, die nach dem 2. Juni 1927 im Auslande aufgenommen werden, wieder steuerliche Begünstigungen gewährt werden sollen. Angenommen wurde ferner eine Entschließung der Deutschen Volkspartei, bei solchen Anleihen, die in der Sperrzeit aufgenommen worden sind, Anträge auf Steuerbefreiung erneut zu prüfen.

Besprechung zwischen Reichsbahn und Reichstagsabgeordneten.

)(Berlin, 8. Juli. Unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Dr. Koch fanden heute im Reichsverkehrsministerium Besprechungen mit verschiedenen Reichstagsabgeordneten und der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn unter Führung des Generaldirektors Dorpmüller statt. Nach Mitteilungen über die Finanzlage der Reichsbahn wurde die Tätigkeit der Verkehrskreditbank, ferner Tariffragen, sowie der Bahnbau Dortmund—Münster und die Mitropa-Frage erörtert.

Die Erklärungen des belgischen Kriegsministers.

⊠ Brüssel, 7. Juli. Wie die Belgische Telegraphen-Agentur meldet, sind die Worte des Kriegsministers de Broqueville unrichtig wiedergegeben worden. Nach der stenographischen Aufnahme hat er folgendes gesagt: „Ich kenne die Zahl der Mannschaften, die die Reichswehr entläßt, Intellektuelle werden nach sechs Monate entlassen, andere nach drei, fünf sechs und bis acht Jahren." (Wie schon von zuständiger deutscher Stelle erklärt worden ist, entbehren diese Behauptungen jeder Begründung. Die erforderlichen diplomatischen Schritte sind bekanntlich bereits eingeleitet.)

Diplomatische Schritte bei Vandervelde.

:•: Brüssel, 8. Juli. Wie die belgische Telegrafen-Agentur meldet, unternahm der deutsche Gesandte in Brüssel, v. Keller, die von deutscher Seite in Aussicht gestellten Schritte bei Vandervelde. Vandervelde setzte den Gesandten von dem genauen Wortlaut der Erklärungen Broquevillers in Kenntnis, der mit demjenigen der deutschen Telegramme nicht übereinstimmt.

Eine neue Beeinträchtigung der Minderheiten in Polen.

)) Warschau, 8. Juli. In einer Unterkommission des Verfassungsausschusses des polnischen Landtages wurde gestern gegen die Minderheiten beschlossen, die Zahl der Abgeordneten im Sejm von 444 auf 412 und die der Senatoren von 111 auf 103 herabzusetzen. Da die Reduktion der Mandate ausschließlich Landschaften die fast ausschließlich von nationalen Minderheiten bewohnt sind, betrifft, hat der jüdische Klub beschlossen, an den Sejm- und den Senatsmarschall, den Ministerpräsidenten, alle Minister und sämtliche parlamentarischen Klubs ein Schreiben zu richten, in der gegen eine Verminderung der Volksvertreter in den von nichtpolnischer Bevölkerung bewohnten Ostgebieten strengste Verwahrung eingelegt wird.

Die Feiertagsfrage vertagt.

Die Sozialdemokraten gegen den Zentrumsantrag.

Der Rechtsausschuß des Reichstages geht ohne Beschlußfassung über den Verfassungstag auseinander.

Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtber.)

Im Rechtsausschuß des Reichstags teilte der Vorsitzende Dr. Kahl vor Eintritt in die Tagesordnung den Antrag für Ehescheidungen mit, den er im Auftrage des Rechtsausschusses von Mitte Januar persönlich entworfen hat. Seine Partei habe, so bemerkt Dr. Kahl, noch keine Stellung dazu genommen. Der Antrag will im Bürgerlichen Gesetzbuch folgenden Paragraphen 1568 a schaffen: Auf Scheidung kann geklagt werden, wenn aus anderen Ursachen eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses eingetreten ist, daß eine dem Wesen der Ehe entsprechende Fortsetzung der Lebensgemeinschaft nicht mehr erwartet werden kann und wenn die Ehegatten seit mindestens einem Jahre vor Erhebung der Klage getrennt gelebt haben. Der Ausschuß nimmt in Aussicht, diesen Antrag nach Wiederzusammentritt des Plenums im Herbst vorzuberaten.

Zur Tagesordnung (Nationalfeiertag fragte Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.), wie es komme, daß der Reichstag seine Stellungnahme dem Reichsrat so spät bekannt gebe. Darüber entspann sich eine Aussprache zur Geschäftsordnung, in deren Verlauf Reichsminister v. Keudell sich gegen den Vorwurf der Verschleppung oder Verzögerung verwahrte.

Die weitere Auseinandersetzung hierüber schloß der Vorsitzende Dr. Kahl mit dem Ersuchen ab, etwaige Gegensätze zwischen Reichsregierung und Reichsrat nicht hier im Rechtsausschuß des Reichstages zu erörtern.

Während nun am Donnerstag die Sozialdemokraten unter gewissen Voraussetzungen bereit waren, auf den Boden des Zentrumsantrages zu treten, forderte heute Dr. Rosenfeld (Soz.) die Feier des Verfassungstags als besonderen Punkt herauszunehmen. Die Sozialdemokraten wollten mit diesem Antrag wahrscheinlich dem Zentrum die Pistole auf die Brust setzen und es auf diese Weise nötigen, sich die sozialistische Auffassung zu eigen zu machen.

Abg. Schulte-Breslau (Ztr.) bedauerte zunächst, daß durch den Antrag Dr. Rosenfelds die Beratungen eine Unterbrechung erfahren hätten, die nicht im Interesse der Sache liege. Bisher sei es nicht üblich gewesen, daß die Konflikte zwischen dem Reichsrat und der Reichsregierung in einem Reichstagsausschuß ausgetragen würden. Ein sachlicher Anlaß dafür sei nicht vorhanden. Gestern habe man sich mit der Linken über die Verbindung der kirchlichen Feiertage mit dem Verfassungstag geeinigt, heute solle wieder die Trennung der beiden Fragen erfolgen. Gestern habe Dr. Rosenfeld die Zustimmung für die Anerkennung der kirchlichen Feiertage für die Sozialdemokraten in Aussicht gestellt, wenn man gleichzeitig den Verfassungstag mache. Dr. Rosenfeld habe aber auf die Frage des Redners, ob auch Bereitschaft vorhanden sei, der Feiertagsregelung, losgelöst von dem Verfassungstag, zuzustimmen, mit einem glatten Nein beantwortet. Heute verlangten die Sozialdemokraten den Verzicht auf die kirchlichen Feiertage. Das Zentrum sei nicht in der Lage, der Trennung zuzustimmen. Die Zentrumsfraktion habe einstimmig beschlossen, daß der Verfassungstag am 11. August, wenn er auf einen Sonntag falle, sonst an dem auf den 11. August folgenden Sonntag begangen werden solle. Ebenso habe die Zentrumsfraktion einstimmig beschlossen, daß diese Frage mit den kirchlichen Feiertagen erledigt werde. Gestern sei man auf dem besten Wege zu einer einheitlichen Behandlung gewesen. Von diesem Wege solle man sich nicht durch den Beschluß des Reichsrats abbringen lassen.

Die augenblickliche Haltung des Reichsrats sei eine vollkommene Neuheit im parlamentarischen Leben. Schon seit Langem hätten Anträge, die abwechselnd von allen Parteien des Reichstags gestellt worden seien, vorgelegen, ohne daß jemals eine ähnliche aktive Stellungnahme eines Landes dazu im Reichsrat erfolgt wäre wie jetzt von Preußen. Die Zentrumsfraktion wolle die Frage durch die Entscheidung des Reichsrats nicht von der Basis sachlicher Verhandlungen in eine übereilte Lösung hinüberführen lassen. Er als Sprecher des Zentrums wünsche daher die Fortführung auf der gestern abgeschlossenen Grundlage des Zentrumsantrags und, wenn jetzt vor der Sommerpause der Abschluß nicht mehr möglich sei, daß die Erledigung nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags im Herbst erfolgen müsse und daß dann in wechselseitigem Entgegenkommen eine Lösung gefunden werde, die im Gefühl möglichst breiter Volkskreise Wurzel schlage und dem Gedanken der Volksgemeinschaft Ausdruck gebe.

Abg. Dr. Haas (Dem.) bemerkte, mit der Trennung der Anträge werde man nicht zum Ergebnis kommen. Erkläre das Zentrum, daß es bereit sei, der Feier des 11. August zuzustimmen, sei vielleicht eine Einigung noch möglich.

Abg. Dr. Barth (Dntl.) führte die gegenwärtige Haltung der Linken auf die Absicht zurück, der jetzigen Regierungskoalition Schwierigkeiten zu machen und widerspricht der Trennung der Anträge.

Der kommunistische Abg. Neubauer und der Demokrat Brodauf erheben gegen das Zentrum den Vorwurf der Zwiespältigkeit.

Abg. Wegmann (Ztr.) wies darauf hin, daß für die Politik des Zentrums im Reich ausschließlich die Reichstagsfraktion zuständig sei. Die Abstimmung der Zentrumsminister in Preußen — wenn eine solche überhaupt stattgefunden habe — habe auf die Haltung der Reichstagsfraktion keinen Einfluß. Man wisse auch nicht, ob sie nicht im preußischen Kabinett überstimmt worden seien. Das Zentrum könne von seiner Formulierung des Gesetzentwurfs über den Verfassungsfeiertag nicht abgehen, da ein einmütiger Beschluß der Fraktion vorliege. Man könne der Fraktion nicht zumuten, einen solchen Beschluß schon am nächsten Tage umzuwerfen. Die Frage der kirchlichen Feiertage, die im Einverständnis mit der Linken mit dem Antrag über den Verfassungstag verbunden worden sei, könne unmöglich an einem einzigen Tage geregelt werden. Selbst wenn das Zentrum, was es nicht tun werde, für eine Trennung beider Fragen stimmen würde, so wäre praktisch damit doch nichts erreicht, weil sich für die Festlegung des 11. August keine Mehrheit im Reichstag finden werde. Auch wenn das Zentrum mit den Sozialdemokraten und Demokraten für den 11. August stimmen würde, sei man in der Minderheit, sodaß im Sinne einer Verfassungsfeier garnichts gewonnen sei. Wolle man wirklich weiter kommen, so müsse man sich auf den Antrag des Zentrums einigen.

Reichsminister des Innern v. Keudell sprach im Namen der Regierung die Bitte aus, den Zentrumsantrag auch jetzt noch als die Grundlage der weiteren Beratungen anzusehen.

Mit 14 gegen 10 Stimmen wurde schließlich der Antrag Rosenfeld, die gestern beschlossene Verbindung der Frage des nationalen Feiertages mit den Anträgen über die kirchlichen Feiertage zu lösen, abgelehnt.

Vorsitzender Dr. Kahl stellte zum Protokoll fest, daß hiermit das Ende der allgemeinen Aussprache über die Anträge betreffend den Nationalfeiertag und die kirchlichen Feiertage erreicht sei.

Der Ausschuß ging hierauf auseinander, ohne eine neue Sitzung anzuberaumen oder Abstimmungen vorzunehmen. Damit ist also die Frage des Nationalfeiertages vorläufig zurückgestellt und kann nicht mehr vor dem 11. August d. J. erledigt werden.

Die Strafrechtsreform.

Von

Reichsjustizminister a. D. Dr. Bell, M. d. R.

Reform des Strafrechts: in dieser Parole stimmten seit Jahrzehnten Wissenschaft und Praxis, Parlament und Presse aller Parteischattierungen überein. 25 Jahre lang fanden zu diesem Zwecke unter Leitung des Reichsjustizministeriums Vorarbeiten statt, bei denen die hervorragendsten Vertreter der Strafrechts-Wissenschaft und -Praxis zusammenwirkten. Ueber den Regierungsentwurf, dem sieben Vorentwürfe vorangingen, fand nach 1½jähriger Durchberatung im Reichsrat die erste Lesung des Reichstags am 22. und 23. Juni d. Js. statt. Dann wurde die Vorlage einem besonderen Strafrechtsausschusse überwiesen, der von Mitte September ab dauernd tagen soll.

Das Schicksal der Vorlage läßt sich nach dem Verlaufe der bisherigen Reichstagsberatungen, an denen sich außer dem Reichsjustizminister alle Fraktionen beteiligten und wobei der Verfasser Redner der Zentrumsfraktion war, nicht annähernd voraussehen. Darüber aber darf keine Unklarheit aufkommen, daß das auch von den breitesten Volksschichten begehrte große Reformwerk für absehbare Zeit ausgeschaltet würde, wenn es dem Ausschusse und der Vollversammlung des Reichstags nicht gelingen sollte, vor Beendigung der Legislaturperiode die Vorlage zu verabschieden. Dieser Tatsache müssen alle Parteien in gebührender Weise Rechnung tragen, vor allem ihre Vertreter im Ausschusse. Die geschäftsordnungsmäßige Behandlung muß sich so gestalten, daß unbeschadet der selbstverständlich gebotenen sachlichen Gründlichkeit stets die großen Gesichtspunkte im Vordergrunde der Erörterung bleiben und auf die Einzelvorschriften keine übertriebene Redezeit verwandt wird. Der Weg der Verständigung muß unablässig beschritten werden und für zweckdienliche Besserungsvorschläge die Tür offen bleiben. Parteipolitische Erörterungen müssen zurücktreten. Für die Strafrechtsreform sind wesentlich andere Grundgedanken ausschlaggebend.

In der Strafrechtswissenschaft gehen nach wie vor die Anschauungen über Grund und Zweck der Strafe, über die Behandlung der wichtigsten Strafrechtsprobleme weit auseinander. Der alten „klassischen" Schule stehen die „modernen" Strafrechtsreformer gegenüber. Aber auch die Anfänger jeder dieser beiden Schulen verzweigen sich in zahlreiche Theorien. Zur klassischen Schule gehören die Anhänger der reinen Vergeltungstheorie, der Abschreckungstheorie, der Besserungstheorie, der Präventionstheorie und eines gemischten Systems. In der modernen Reformschule darf die das Irresein des Verbrechers in den Vordergrund stellende anthropologische Theorie des italienischen Psychiaters Lombroso als überwunden gelten durch die kriminalsoziologische Reformtheorie des Universitätsprofessors Dr. Liszt. Licht- und Schattenseiten jeder dieser Theorien gilt es sorgsam auszuwerten. Keins der genannten Strafrechtsschulen kann, unbeschadet der ihr innewohnenden Vorzüge, in Anbetracht ihrer unverkennbaren Schwächen und Mängel, ausschließlich in der Gesetzgebung ausgewertet werden. Darum wird man, wie auch die Vorlage es in die Wege leitete, die gesunden Gedanken und berechtigten Forderungen der modernen kriminalsoziologischen Reformschule praktisch zu verwirklichen suchen, ohne die Bahnen der klassischen Schule vollständig zu verlassen. Der allzu ausgiebig verwertete Programmsatz „Bestrafung des Täters, nicht der Tat" erschöpft das Problem keineswegs und muß überdies in gerechter Abwägung des Grundes und Zweckes der Strafe dahin umgestaltet werden: Bestrafung des Täters wegen der Tat nach dem Maßstab der Schwere von Schuld und Tat.

Gegenüber dem Zentrumsredner, der den Beruf unserer Zeit zur Gesetzgebung betonte, um den berechtigten Anforderungen vor der Geschichte gerecht zu werden, bezweifelte der demokratische Wortführer den Beruf unserer noch in politischer wie wirtschaftlicher Gärung befindlichen Zeit zur Strafrechtsreform. Aber dieser Einwurf hält der Kritik nicht stand. Trotz der unverkennbaren Vorzüge des geltenden Reichsstrafgesetzbuches wird man zugeben müssen, daß es im Lichte moderner Grundanschauungen veraltet ist. Seit den 57 Jahren seiner Geltungszeit, deren Zahl sich noch um fast 20 Jahre erhöht durch die voraufgegangene Geltungsdauer des von ihm fast unverändert aufgenommenen preußischen Strafgesetzbuchs, hat sich nicht nur ein tiefgründiger Umschwung vollzogen in den wichtigsten Strafrechtsproblemen, in den Anschauungen über Grund und Zweck der Strafe, sondern auch eine vollständige Umschichtung unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, eine grundlegende Umgestaltung unserer Lebensverhältnisse und Volksanschauungen, unserer gesamtpolitischen und kulturellen, verkehrspolitischen und gesellschaftlichen Einstellung. An dieser Umgestaltung kann die Gesetzgebung, also auch die Strafrechtsreform, nicht achtlos vorübergehen, wo-

...e!
...en 9. Juli.
Pfg.
...e, Porzellan 95
Porz. 1 Ltr. 95
, Porz. 95
...e Porz. 95
Porz. 95
...nlschüssel 95
95
95
...ur ...Seife 95
...nitur 95
...m. Ständer 95
95
...el 95
95
95
...28 cm 95
95
95
...öffel ...öffel 95
95
...koriert 95
95
...pler 95
...ur soweit Vorrat!
...desaison: Bade-Seifen, ...me, Frottier- ...lauben, Luffa- Artikel: ..., Puder ...erlon.
...s, Nordstr. 22.
...ser, ...apparate, ...niringe, ...satzteile, ...l. Oststr. 24
...n Sie schon! ...rrak, Rum, ...ine
...rne in der ...einer, Markt 8.
...schine
...kaufen gesucht. ...ter C 4407 an die ...tes.
...er! ...znеimittel ...sicherer Wirkung.
...ke, Nordstraße.
...lligst. ck318
...ine Millimeter: Im lo... ...idpf., Familienanzeigen ...) Anzeigen 7 Goldpf. ...gen, Auktionen, partei... ...t Vorzahlung 10 Prozent ...l (Zenoteil): Geschäfts... ...fg., Rekl. 1.20 Mk. ...t, Einzelpreis 15 Pfg. ...20 Mk.

bei freilich zu beachten bleibt, daß über den wandelbaren Tagesanschauungen und den veränderlichen Lebensverhältnissen die ewigen Sittengesetze und die unwandelbare Gerechtigkeit Kern und Stern der Strafrechtsreform sein müssen.

Bei den Erörterungen über den „allgemeinen Teil" der Vorlage werden die Vorschriften über die Ausdehnung des richterlichen Strafermessens besonders lebhaft umstritten werden. Auszugehen ist aber von der Erwägung, daß nach den Erfahrungen der Praxis der Strafrahmen im geltenden Strafrecht zu eng gespannt ist. Beeinträchtigt wird namentlich der Angeklagte durch die gesetzliche Festlegung zu hoher Mindeststrafen. Soll die im Entwurf für jede Strafzumessung vorgesehene Auslegungsregel, die den berechtigten Reformbestrebungen entspricht, dahin praktisch verwirklicht werden, daß nicht nur die Persönlichkeit des Täters und sein Vorleben, sondern auch die ihn umgebenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu berücksichtigen sind, dann muß eine angemessene Erweiterung des richterlichen Strafermessens erfolgen. Freilich müssen vorsorglich — und dahin werden sich geeignete Besserungsanträge im Ausschusse zu richten haben — die Grenzen durch konkretisierte Bestimmungen so abzustecken sein, daß eine Befürchtung richterlicher Willkür und bedenklicher Rechtsunsicherheit ausgeschlossen wird.

Zu begrüßen ist der Grundgedanke der im Strafensystem an Stelle der beseitigten Festungshaft neu eingeschalteten „Einschließung", die dann erfolgen soll, wenn der Täter ausschließlich aus achtenswerten Beweggründen gehandelt hat und die Tat nicht schon wegen der Art und Weise ihrer Ausführung oder wegen der vom Täter verschuldeten Folgen verwerflich ist. Ebenso wird man den zwei Grundgedanken beipflichten müssen, die sich wie ein roter Faden durch die Vorlage hindurchziehen: einmal auf die Besserung des noch irgendwie besserungsfähigen Täters hinzuwirken, andererseits aber den gemeingefährlichen Berufs- und Gewohnheitsverbrecher zum notwendigen Schutze der Gesellschaft und der Staatsbürger wirksam zu treffen, indem verschärften Rückfall-Strafen nachfolgende Sicherungsmaßnahmen hinzutreten. Solche Sicherungsmaßnahmen sind mit Recht vorgesehen auch gegen gemeingefährliche, aber der Strafe entzogene Irre und Trunkene. Natürlich muß auch hier einer Befürchtung mißbräuchlicher Auslegung und Anwendung begegnet werden durch genaue Festlegung der Tatbestandsmerkmale und der Voraussetzungen für die gesetzlichen Sicherungsmaßnahmen. Anerkennung verdient weiter die Neuerung, daß bestraft wird, wer sich vorsätzlich oder fahrlässig in den Zustand sinnloser Trunkenheit oder sonstiger Bewußtlosigkeit versetzt und darin objektiv strafwidrige Handlungen begeht.

Ueber die heißumstrittene Todesstrafe, die nur noch bei überlegtem Mord zulässig sein soll und bei Annahme der jedesmal zu prüfenden „mildernden Umstände" ausgeschlossen ist, hat der Zentrumsredner ausgeführt, daß sich diese politische Zweckmäßigkeitsfrage letzten Endes dahin zuspitze, ob heute schon der Zeitpunkt gekommen sei, wo wir im Hinblick auf die Strafzwecke unter weitester Anwendung und Ausdehnung des Begnadigungsrechtes die Todesstrafe wenigstens als Strafandrohung jetzt schon entbehren könnten, wenn wir Staat und Staatsbürger gegen das denkbar schwerste Verbrechen der überlegten Vernichtung des Menschenlebens wirksam schützen wollten.

Aehnliche Erwägungen müssen maßgebend sein für Bestrafung von Hoch- und Landesverrat. Kein Staatsorganismus, kein Rechtsstaat kann, wenn er sich nicht selbst aufgeben will, auf wirksame Bestrafung gewaltsamer Unterminierung des Staatsgebäudes verzichten. Dieser Schutz gebührt natürlich auch der deutschen Republik. Schwierigkeit wird freilich zweckmäßige und gerechte Formulierung der Vorbereitung und des Unternehmens des Hochverrats bieten.

Betreffs Bestrafung der Abtreibung und des Zweikampfs hat der Zentrumsredner aus religiös-sittlichen Gründen wie aus staatspolitischen Erwägungen der Rechtserhaltung und des Volkswohls den unabänderlichen Standpunkt der Zentrumspartei nachdrücklich vertreten. Dringend erwünscht wäre, wenn auch in Deutschland nach dem Vorbilde anderer Länder, bei denen erfahrungsgemäß durch die Beseitigung des Duells weder Ehrbegriff und Ehrgefühl noch Ehrenschutz irgendwie gelitten haben, mit dieser dem germanischen Volkstum fremden, aus romanischen Ländern leider eingepflanzten Duellunsitte im wohlverstandenen Dienst am Volk und Vaterland endlich gebrochen würde. Das gilt auch von den unzeitgemäßen Bestimmungsmensuren, die nach der von uns bekämpften Formulierung der Vorlage praktisch zukünftig straffrei bleiben würden, im scharfen Gegensatz zur ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts. Die Erfahrungen der Praxis beweisen, daß sie nach Art ihrer Durchführung keineswegs als unbedenklicher und ungefährlicher Sport behandelt werden können, zumal sie doch der Vorbereitung und Schulung für den Zweikampf dienen sollen. An Stelle dieser in den Rahmen der Neuzeit nicht passenden und mit dem Ernst unserer schweren Lage unvereinbaren Bestimmungsmensuren, die dem gesunden Volksempfinden widersprechen, sollte nachdrückliche Förderung edlen Sports, auch des wirklichen Fechtsports, treten.

Den Ehrenschutz wollen wir durch gründliche Reform wirksam treffen, vor allem durch schwere Bestrafung des gewissenlosen Verleumders. Andererseits gilt es, den vielangefochtenen § 193 so umzugestalten, daß ein gerechter Ausgleich, vor allem bei Pressebeleidigungen, zwischen den wahrgenommenen berechtigten Interessen des Beleidigers und den schutzbedürftigen Interessen des Beleidigten erfolgt.

Ergibt schon dieser kurze Ueberblick über die wichtigsten Vorschriften, welche Fülle von Material und Streitstoff zu bewältigen bleibt, dann wird einträchtige Zusammenarbeit und Verständigung aller Gruppen und Volksschichten dem Hochziele zustreben müssen, die Strafrechtsreform zu einem wahren Kulturfortschritt im Sinne der Volkserneuerung auszugestalten. Das Zentrum und seine Vertreter werden zur Stelle sein und nichts versäumen, was der Gesundung des Rechtsgedankens und dem Volkswohl dient.

Die zweite Lesung der Zollvorlage.

Deutscher Reichstag.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 8. Juli. (Drahtb.)

Nicht weniger als 12 Punkte standen heute auf der Tagesordnung der Vollversammlung des Reichstags. Selbstverständlich befanden sich darunter auch einige weniger wichtige Fragen. Von umso größerer Bedeutung waren jedoch die zweite Beratung der Zollvorlage, die Verlängerung der Geltungsdauer des Steuermilderungsgesetzes sowie die Debatte über die Arbeitszeit in den Bäckereien. Bei der Lesung der Zollvorlage wurde die Aussprache nur von der Opposition bestritten. Insbesondere taten sich hierbei die Kommunisten hervor. Sie sprachen zwar vor völlig leeren Bänken, aber mit einem umso größeren Aufwand von Phrasen. Auch einige recht sonderbare Wünsche äußerten sie. Obwohl sie sonst von der Reichsregierung nichts wissen wollen, stellten sie den Antrag, der Reichskanzler möge sofort erscheinen. Und als sie mit dieser Geste keinen Erfolg hatten, wollten sie den Finanzminister persönlich sehen. Selbstverständlich konnte das Haus diesem Verlangen keinen Geschmack abgewinnen und im übrigen haben ja auch die Reichsminister etwas Besseres zu tun, als sich die unsinnigen Redensarten bolschewistischer Querköpfe anzuhören. Auch die Zitierung des „arbeitenden Volkes" durch die Kommunisten schreckte das Parlament nicht. Im Saale fanden sich nur dann zahlreiche Abgeordnete ein, wenn es galt, über die Vorlage abzustimmen. Die Dauer der Sitzung war recht ausgedehnt. Die Abgeordneten sind alle froh, daß sie morgen die Reise in die Heimat antreten können.

*

Sitzungsbericht.

V Berlin, 8. Juli.

Der Reichstag erledigte heute zunächst einige kleinere Vorlagen. Das Meistbegünstigungsabkommen mit Paraguay und die Verlängerung des vorläufigen Saarabkommens mit Frankreich, sowie ein Ermächtigungsgesetz für die Reichsregierung zur Inkraftsetzung von Wirtschaftsabkommen, die während der Reichstagsferien abgeschlossen werden, werden ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen; in zweiter und dritter Lesung auch das Gesetz über Bürgschaft des Reiches zur Förderung landwirtschaftlicher Siedlungen.

Es folgt die

zweite Beratung der Zollvorlage.

Abg. Stöcker (K.) beantragt gleichzeitig den in dem Ausschuß erstatteten Bericht der Regierung über die Genfer Weltwirtschaftskonferenz zu beraten, weil dieser mit den Zollvorlagen in Widerspruch stände.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt, ebenso ein Antrag Torgler (K.), der eine Redezeit von vier Stunden verlangt. Die Redezeit jeder Fraktion beträgt insgesamt zwei Stunden.

Abg. Hamkes (D. Vp.) erstattet den Bericht des Handelspolitischen Ausschusses. Der Ausschuß hat den Regierungsvorlagen, die Zollerhöhungen für Schweinefleisch, Kartoffeln, Mehl, Zucker usw. und gleichzeitig eine Ermäßigung der Zuckersteuer vorsehen, unverändert zugestimmt, ebenso der Verlängerung der jetzt ablaufenden provisorischen Zolltarifregelung.

Abg. Krätzig (Soz.): Unsere schlimmsten Befürchtungen für die Politik des „Besitzbürgerblocks" sind durch diese Vorlage weit übertroffen. Die Vorlage steht im schärfsten Widerspruch zu den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz. Die Industriellen fordern als Folge dieser Agrarzollerhöhungen jetzt bereits wieder höhere Industriezölle. Das ist die bekannte Zollschraube. Die Mehlzollerhöhung ist ein glattes Geschenk an die Mühlenindustrie, der es so glänzend geht wie keiner anderen. Obwohl der Roggenpreis auf die Hälfte gesunken ist, hat der Konzern der Mühlen den Brotpreis immer weiter in die Höhe getrieben. (Hört, hört!) Die Ernte wird gut, aber das deutsche Volk soll nach dem Worte des Grafen Westarp bei vollen Scheunen verhungern. Den Großagrariern will man höhere Kartoffelpreise zuschanzen, damit sie höhere Beiträge an die deutschnationalen Parteikassen zahlen können. Nicht der Kartoffelzoll ist der Retter, sondern Wissenschaft und rationelle Betriebe. Der deutsche Bauer ist so rückständig wie keiner in der Welt. Die Arbeiterschaft werde nicht vergessen, wer ihnen das Brot verteuert, sie werden mit dem Stimmzettel Abrechnung halten.

Abg. Creutzburg (K.) beantragt die Herbeirufung des Reichskanzlers.

Der Antrag wird gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Abg. Reddermeyer (K.) bestreitet, daß die Zollerhöhung für Mehl der Landwirtschaft einen allgemeinen Nutzen bringt. Den wirklich notleidenden Kleinbauern werde nicht geholfen. (Der Redner erhält wegen beleidigender Bemerkungen gegen bürgerliche Abgeordnete einen Ordnungsruf.)

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt Herbeirufung des Reichsfinanzministers. Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Dietrich (D.) weist auf die ungünstige Lage der Bauern hin, die Schweinezucht treiben. Der Index für Schweinefleisch stehe auf 100, der für Futtermittel auf 156. Der richtige Weg zur Abstellung dieses Notstandes wäre die Aufhebung oder mindestens weitgehende Herabsetzung der Futtermittelzölle. Da die Regierungsparteien diesen Weg nicht gehen, würden die Demokraten trotz starker Bedenken

der Erhöhung des Schweinefleischzolles zustimmen,

um der deutschen Schweinezucht die Existenzmöglichkeit zu sichern.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt die Vertagung der Sitzung, bis die Regierungsparteien sich entschlossen hätten, wenigstens einen Redner vorzuschlagen. Der kommunistische Antrag wird abgelehnt.

Abg. Frau Wurm (Soz.) spricht sich gegen die Erhöhung der Schweinezölle aus und beantragt statt dessen die Aufhebung der Futtermittelzölle. Die Rednerin verlangt allgemeine Zollfreiheit für Gefrierfleisch.

Damit schließt die Aussprache.

Die Anträge der Linken auf Aufhebung der Futtermittelzölle werden abgelehnt. Ein Antrag der Sozialdemokraten auf Herabsetzung der Futtermittelzölle wird in namentlicher Abstimmung mit 242 gegen 192 Stimmen abgelehnt, ebenso ein demokratischer Antrag auf Herabsetzung der Zölle für bestimmte Futtermittel. Abgelehnt werden auch die Anträge auf Herabsetzung der übrigen Zollsätze.

Die Regierungsvorlagen werden in der Ausschußfassung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage, durch die die

Geltungsdauer des Steuermilderungsgesetzes bis zum 30. 9. 1928 für die Fusionssteuer

verlangt wird.

Abg. Hertz (Soz.) erklärt, die beim Beschluß der Steuermilderung gegebene Zusage einer fühlbaren Herabsetzung der Zuckersteuer zugunsten der Verbraucher sei durch die angenommene Regierungsvorlage nicht erfüllt worden. Die Sozialdemokraten würden deshalb die Verlängerung des Milderungsgesetzes für die Fusionssteuer ablehnen.

Abg. Höllein (Komm.) lehnt gleichfalls die Vorlage ab.

Abg. Dr. Brüning (Ztr.) bestreitet, daß die Regierungsparteien ihre beim Beschluß der Steuermilderung gegebenen Versprechen nicht erfüllt hätten. Sie hätten die Zuckersteuer mehr gesenkt als sie vom Reichsfinanzminister Dr. Reinhold vorgeschlagen worden war.

Die Vorlage wird gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der von den Regierungsparteien beantragten

Novelle zur Bäckereiverordnung.

Der Ausschuß hat einige Aenderungen vorgenommen, danach soll die Verlängerung der Arbeitszeit an einzelnen Tagen unter entsprechender Arbeitsverkürzung an anderen Tagen erst nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung zulässig sein. Außerdem soll durch Tarifvertrag eine Sonderregelung möglich sein.

Abg. Biener (Ztr.) tritt für die Vorlage ein. Sie bringt dem Bäckereigewerbe nur das gleiche Recht wie allen übrigen Gewerben.

Für die Vorlage sprechen sich auch die Abgeordneten Hammann (D. Vp.), Nientimp (Ztr.) und Dunkel (W. V.) aus, während die Abgeordneten Florian (Komm.) und Frau Anforge (Soz.) die Ablehnung fordern.

Während der Ausführungen der Abgeordneten Florin und Dunkel kommt es zu

erregten Szenen

zwischen den Kommunisten und der Rechten. Auf die Bemerkung des Abg. Dunkel: „Die Kommunisten beschweren sich darüber, daß die Brötchen zu klein werden. Ich habe ihnen schon immer gesagt, reißt das Maul nicht so weit auf, dann werden die Brötchen nicht zu klein sein!" stürzen einige Kommunisten mit erhobenen Fäusten von den hinteren Reihen auf die Rednertribüne zu und rufen laut: „Das ist unerhört! Das ist eine Frechheit!" Daran knüpft sich ein längerer Wortstreit zwischen dem Abgeordneten Dunkel und den an das Rednerpult herangetretenen Zwischenrufern.

Vizepräsident Esser erklärt, er werde das Stenogramm einsehen und feststellen, ob der Redner Anlaß zu dieser Entrüstung gegeben habe. In diesem Falle werde er mit Ordnungsrufen vorgehen.

Als bei den Schlußworten der Abg. Frau Anforge (S.) von rechts ironische Beifallsrufe kommen, entsteht neuer Lärm. Von den Kommunisten wird gerufen: Die Besoffenen müssen raus!

Vizepräsident Esser stellt aus dem Stenogramm fest, daß die Bemerkung des Abg. Dunkel (w. Ver.), die zu den Lärmszenen führte, gelautet hat: „Ich möchte fast das Wort wiederholen, das ich vor wenigen Wochen einem Herrn sagte, der über Kleinheit der Brötchen klagte. Ich sagte: „Reißt das Maul nicht so groß auf, dann passen sie." Dazu bemerkt der Vizepräsident, daß das zwar eine große Geschmacklosigkeit, aber kein Grund zu einem Ordnungsruf sei. Die Kommunisten rufen: Das war eine Provokation!

Hierauf wird nach Ablehnung kommunistischer Aenderungsanträge die Ausschußfassung in zweiter Beratung angenommen.

Der Gesetzentwurf über die

Einstellung des Personalabbaues

und Aenderung der Personalabbauverordnung wird ohne Aussprache in dritter Beratung angenommen.

Der Antrag Loibl (B. Vp.) auf

Beschränkung der Zahl der wirtschaftlichen Betriebe des Reiches

wird in folgender Form angenommen:

„Die wirtschaftlichen Betriebe des Reiches und der ihm unterstehenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit Ausnahme der gemeinnützigen öffentlichen Versorgungsbetriebe sind auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken. Die Reichsbehörden haben bei Auftragserteilung keine Bedingungen zu stellen, die die Rechte und Freiheiten, welche die Gewerbeordnung gewährt, irgendwie beeinflussen könnten und mit der Verdingungsordnung im Widerspruch stehen."

Der Präsident teilt mit, daß der Oberreichsanwalt die Genehmigung zur Verhaftung oder Vorführung verschiedener kommunistischer Abgeordneter gefordert hat. (Pfuirufe bei den Kommunisten.) Auf Vorschläge des Präsidenten werden diese Anträge dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Nach 21 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend 10 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen die dritte Beratung der Zolländerungsvorlage, der Novelle zur Bäckereiverordnung und viele kleine Vorlagen.

Eine bewegte Nachtsitzung der französischen Kammer.

)(Paris, 8. Juli. Die Nachtsitzung der Kammer, die fortgesetzt von Tumultszenen begleitet war, brachte eine endlose Reihe von namentlichen Abstimmungen. Poincaré hielt sich ostentativ von der Diskussion des Wahlreformgesetzes fern. Rechte und Kommunisten haben sich zu einer gemeinsamen Obstruktionsfront zusammengetan, jede Gelegenheit, durch Aufweisung der vorschriftsmäßigen Anzahl von 50 anwesenden Abgeordneten Abstimmungen herbeizuführen, wird benutzt. Das Verhalten bezweckt nicht nur die Vertagung der Diskussion, sondern auch die Regierung zu einer Stellungnahme zu zwingen. Es gehe nicht an, so erklärte der Kommunist Berthon, daß die Ministerbank leer sei und die Minister, voran der Ministerpräsident, sich vor einer Stellungnahme drückten. Pensionsminister Marins Standpunkt, der jedem, der es hören wolle, versichere, daß er gegen das Regierungsprojekt sei, genüge nicht, um die Ansicht der Regierung über die Wahlreform zum Ausdruck zu bringen. „Poincaré muß her oder es muß die Diskussion vertagt werden." Auch dieser Vertagungsantrag wird abgelehnt, ebenso drei Vertagungsanträge der Rechten. Immer sind es etwa 300 bis 320 Stimmen, die frühere linkskartellistische Mehrheit, die der Rechten und den Kommunisten gegenüberstehen.

Der Kampf gegen Poincaré.

◆ Paris, 8. Juli. Die Kammer beriet in der vergangenen Nacht bis gegen 7,30 Uhr morgens, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen oder überhaupt in die Behandlung der Materie eingetreten zu sein. Die letzten vorliegenden Gegenprojekte wurden mit derselben Energie begründet und bekämpft wie die vorangegangenen, um schließlich mit der gleichen Mehrheit wie diese, etwa 120 Stimmen, abgelehnt zu werden. Das einzige, was bemerkenswert ist, ist, daß die gesamte Rechte über die Zurückhaltung der Regierung in der Wahlrechtsreform empört ist und selbst vor einer Obstruktion gegen Poincaré nicht zurückschreckt, obwohl sie es nicht wagt, gegen ihn zu stimmen. Nichtsdestoweniger haben zahlreiche Abgeordnete der gemäßigten Rechten an der Abstimmung nicht teilgenommen, wodurch sich die verhältnismäßig starke Mehrheit der Linken erklärt. So ist denn das Resultat der bisherigen Diskussion als ein vollständig negatives zu bezeichnen. Ueber das eigentliche Wahlprojekt ist bisher noch nicht abgestimmt worden, da über keinen einzigen Punkt eine Einigung erzielt werden konnte. Soviel kann aber festgestellt werden, daß die Nationalunion, die das gegenwärtige Ministerium stützt, zerbrochen ist. Die Regierung ist von einem Teil der Gemäßigten, die bisher ihre stärkste Stütze darstellten, treulos verlassen worden. Somit gewinnt man aus der Kammerdebatte immer mehr den Eindruck, daß das in sich bereits geteilte Kabinett jeden Einfluß auf seine Anhänger verloren hat. Durch eine Zufallsabstimmung könnte das Kabinett überraschend gestürzt werden. In eine entscheidende Phase tritt die Diskussion, wenn über Artikel 2, der die Zahl der Kommerdeputierten regelt, verhandelt werden wird.

Austritt Poincarés aus der Demokratisch-Republikanischen Partei.

Paris, 8. Juli. Die Morgenblätter geben eine Meldung des „Paris Soir" wieder, wonach Poincaré, der bis jetzt bei der Demokratisch-Republikanischen Partei eingeschrieben war, in einem Schreiben an den Generalsekretär der Partei seinen Austritt aus der Partei erklärt hat. Das Blatt deutet diesen Schritt Poincarés als einen Protest gegen die von Tardieu, Chaumet und Péret erfolgte Anregung zur Gründung einer Konzentrationspartei.

Deutsches Reich.

Dr. Held und Dr. Schmelzle in Berlin.

!! Berlin, 8. Juli. Der bayrische Ministerpräsident Held und der neue bayrische Finanzminister Dr. Schmelzle sind gestern in Berlin eingetroffen. Nach dem Besuch beim Reichspräsidenten hatten sie im Reichstage eine mehrstündige Besprechung mit dem Reichskanzler Dr. Marx und dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler, die sich bis in die Nacht ausdehnte.

Bereisung der westlichen Grenzgebiete.

:=: Berlin, 8. Juli. Eine Bereisung der westlichen Grenzgebiete durch eine Ministerialkommission wird unter Führung des Staatssekretärs Schmidt vom Reichsministerium der besetzten Gebiete zunächst in Speyer beginnen und durch die Pfalz bis Trier und dann über die Eifel nach Aachen führen.

Vom Saarlandabkommen.

Berlin, 8. Juli. Das Saarlandabkommen wird wirksam am 15. Juli d. Js., wie die Blätter erfahren. Wahrscheinlich wird zugelassen werden, daß in der zweiten Hälfte des Juli noch das gesamte Julikontingent wird eingeführt werden können.

Dr. Stoetzel vor dem Disziplinargericht.

:!: Braunschweig, 8. Juli. Gegen den sozialdemokratischen braunschweigischen Landesschulrat Stoetzel war im Wege des Disziplinarverfahrens auf Dienstentlassung aus dem braunschweigischen Staatsdienst erkannt worden. Gegen Stoetzel wurde neben anderen der Vorwurf erhoben, daß er bei Dienstreisen eine Fahrkarte 2. Klasse liquidierte, aber nur die dritte Wagenklasse benutzt und bezahlt habe. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt. Nach dreitägiger Verhandlung wurde vom Disziplinarhof das Urteil aufgehoben und der Angeklagte zu einem Verweis und geringer Geldstrafe verurteilt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Besuch des Kapitäns der „Ziethen" auf einem französischen Fischereikreuzer.

)(London, 7. Juli. Kapitän Paul vom deutschen Fischereikreuzer „Ziethen" stattete heute in dem Hafen von Aberdeen dem Kapitän Marcel des französischen Fischereikreuzer „Quentin Roosevelt" einen Besuch ab, den der französische Kapitän später auf der „Ziethen" erwiderte.

Vorläufiges Ergebnis der Wahlen in Rumänien.

:=: Bukarest, 8. Juli. Obgleich das Gesamtergebnis der Wahlen in Rumänien noch nicht feststeht, dürfte die Regierung eine Mehrheit von 60—65 Prozent der abgegebenen Stimmen erzielt haben, während die Oppositionspartei der nationalen Bauern 20—25 Prozent der Stimmen für sich buchen kann.

Eine baldige außenpolitische Unterhausdebatte wird gefordert.

× London, 7. Juli. In einem Aufsatz in der „Westminster Gazette" bezeichnet J. A. Spender eine baldige Unterhausdebatte über auswärtige Angelegenheiten als sehr wünschenswert. Er sagt u. a.: Wenn Poincaré beabsichtigt, in der Rheinlandsfrage sein Veto einzulegen oder Bedingungen zu stellen, die den Deutschen unmöglich oder demütigend erscheinen, dann werden wir Jahre der Reibung und Erbitterung vor uns haben, die, wenn das Vertragsdatum für die Räumung endlich da ist, die Politik der Wiederversöhnung untergraben haben wird. Hoffentlich wird Chamberlain in der Lage sein zu versichern, daß der britische Einfluß stetig geltend gemacht werden wird, um alle schwebenden Fragen zu regeln und die Räumung des Restes des besetzten Gebietes zu beschleunigen.

Die japanischen Truppenbewegungen in China.

⊠ Paris, 8. Juli. Wie die Agentur Indo-Pacific aus Tokio meldet, hat der Kaiser die Verschiebung einer Brigade von Tsingtau in die Provinz Schantung zum Schutze der durch Unterbrechung der Bahnlinie Tsinanfu—Kiautschau gefährdeten japanischen Interessen sowie die Verschiebung einer Brigade von Dalny nach Tsingtau genehmigt.

Die transsibirische Eisenbahn.

Paris, 8. Juli. Die Agentur Indo-Pacific meldet aus Charbin: Der normale Betrieb der transsibirischen Eisenbahn ist wiederhergestellt, dagegen sind die in Moskau geführten Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Schlafwagenverkehrs ins Stocken geraten, da die Schlafwagengesellschaft vorher die Rückgabe ihrer seit der Revolution in Rußland beschlagnahmten Wagen fordert.

Von Nah und Fern.

Start von Balbos nach Wien.

)(Berlin, 8. Juli. Der Unterstaatssekretär im italienischen Luftfahrtsministerium, Balbos, ist heute mit seiner eigenen Maschine um 13,20 in Begleitung eines Oberleutnants auf dem Flugplatz Tempelhof nach Wien gestartet.

Unwetter im Schwarzwald.

!! Willingen (Schwarzwald), 8. Juli. Der Bezirk Willingen wurde heute nachmittag von einem Wolkenbruch heimgesucht, der die ganze Gegend bis Rottweil unter Wasser setzte. In Peterzell war der Hagelschlag derartig stark, daß heute früh der Hagel an manchen Stellen noch 10 bis 12 cm hoch lag. Felder und Gärten sind durch den Hagelschlag zerstört.

Falsche deutsche Bankscheine in Belgien.

:=: Brügge, 8. Juli. Ein Fall von Fälschungen deutscher Bankscheine ist in einem Ort an der belgischen Küste entdeckt worden. Die Schuldigen sind ein Paar, das von Stadt zu Stadt reist, und das sich überall nur kurze Zeit aufhält, um der Verfolgung zu entgehen. Das Signalement des Paares ist aber bekannt. Die gefälschten Bankscheine sind in der Hauptsache entwertete bayrische Scheine von 10 und 100 Mark, deren Jahreszahl die Fälscher geschickt von 1922 in 1927 umwandelten.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 9. Juli 1927.

Schwerer nächtlicher Motorradunfall.

In der Nacht von Donnerstag auf Freitag kam es in der Nordallee zu einem schweren Motorradunfall. Kurz nach 2 Uhr wurde der Polizeiwache durch Herrn Justizinspektor Müller mitgeteilt, daß vor seinem Hause in der Nordallee ein Motorrad einen Radfahrer angefahren und gestürzt sei. Während sofort Herr Dr. Koop benachrichtigt und das Sanitätsauto angefordert wurde, begaben sich zwei Beamte an die Unfallstelle. Hier wurde festgestellt, daß Herr Arthur Sprick mit einem Motorrad mit Herrn Kurt Hagenböcker auf dem Sozlusitz auf der Fahrt aus Richtung Bocholt Herrn Helsterkamp begegneten, der sein Rad an der Hand führte. Aus noch nicht bekannter Ursache stieß das Motorrad mit dem Radfahrer zusammen. Bei dem Sturz flogen Sprick und Hagenböcker von ihren Sitzen und blieben schwer verletzt liegen. Der Lenker Sprick erlitt anscheinend einen Schädelbruch; er hatte bis gestern abend das Bewußtsein noch nicht wieder erlangt. Hagenböcker trug Verletzungen an der Stirn und an den Backenknochen davon. Nachdem den Verletzten von dem Arzt die erste Hilfe zuteil geworden, wurden sie mit dem Sanitätsauto zum Krankenhaus transportiert. Der Radfahrer Helsterkamp konnte sich noch zu Fuß zur Polizeiwache begeben, von wo er mit einem Auto zu seiner Wohnung am Mussumer Kirchweg gebracht wurde. Er kam mit leichteren Verletzungen davon.

z. **Aenderung im Zugverkehr auf der Strecke Empel — Bocholt.** Ab 15. Juli fährt P. Z. 5 nach folgendem Plan: Empel ab 8,12 Uhr, Vehlingen ab 8,19 Uhr, Isselburg-Anholt ab 8,26 Uhr, Werth ab 8,36 Uhr, Mussum ab 8,44 Uhr, Bocholt an 8,52 Uhr. Die Fahrplan-Aenderung ist vorgenommen worden, damit P. Z. 5 an P. Z. 990 Anschluß erhält, der 8,56 Uhr ab Bocholt nach Wesel fährt.

z. **Erweiterungsbau des Verwaltungsgebäudes.** Seit einigen Tagen ist man mit der Freilegung des Bauplatzes für den Erweiterungsbau zum städtischen Verwaltungsgebäude beschäftigt. Der Bau wird bekanntlich an der Ecke Realschulstraße — Gartenstraße errichtet.

z. **Blutsturz.** Gestern morgen erlitt ein hiesiger Einwohner auf dem Wege zum Arzt einen Blutsturz und mußte mit dem Sanitätsauto zum Krankenhaus gebracht werden.

n. **Rokburga-Verein.** Diejenigen Mitglieder, welche die Autofahrt zu den Freilichtspielen in Calcar mitmachen wollen, müssen sich unbedingt Sonntag in der Versammlung melden und gleichzeitig das Geld für Fahrt und Eintritt (2,50 R.-Mk.) zahlen.

n. **Bezirks-Cäcilienfest.** Die Programme sind im Vorverkauf zu haben in den Geschäften H. Deckers, Neustraße, Konst. Terstegge, Nordstraße und Joh. Valk, Nobelstraße; ferner am Eingang der Kirche und des Festsaales.

n. **Pferdezuchtverein des westl. Münsterlandes.** Gelegentlich des Vieh- und Krammarktes in Bocholt am Mittwoch, den 13. Juli, findet in Bocholt ein Fohlenmarkt statt. Diejenigen Landwirte, welche Fohlen zu verkaufen haben, werden dringend ersucht, ihre Fohlen aufzutreiben, um den Markt in Bocholt zu heben. Nach Schluß des Marktes findet eine Fohlenverlosung sowie eine Verlosung sonstiger Gebrauchsgegenstände statt und zwar gegen 11 Uhr in der Wirtschaft Matschke in Bocholt. Auf die Anzeige vom heutigen Tage wird verwiesen.

m. **Kreistierschau.** Die Ausstellung der Tiere am Tage der Kreistierschau erfolgt vormittags von 7,30 bis 8,30 Uhr und anschließend beginnt die Auswahl der zu prämiierenden Tiere. Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß die gestifteten Ehrenpreise am Sonntag im Schaufenster der Buchhandlung Joh. Bläser, Borken, zur Besichtigung ausgestellt sind.

z. **Eisenbahnverein Bocholt.** Am morgigen Sonntag unternimmt der Verein einen Ausflug nach Cleve. Die Teilnehmer fahren vormittags 10,20 Uhr ab Bocholt.

* * *

t. **Werth,** 8. Juli. **Eine Diebesbande am Werk.** In der Gegend von Liedern und Werth scheint wieder eine Diebesbande ihr Unwesen zu treiben. So wurde in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag auf vier Stellen eingebrochen. In Liedern drangen die Diebe in das Schulgebäude ein und entwendeten eine Reihe von Turnsachen wie Turnschuhe, Turnhosen usw. Von hier aus statteten sie dem Wirt Weck in Werth einen Besuch ab. Sie gelangten durch das Kellerfenster ins Haus, stahlen Schinken, Cognak, Wein und verschiedene andere Sachen und entkamen unbemerkt. Auch im Stationsgebäude versuchte man etwas zu „erwerben". Man zertrümmerte zwei Fenster und hat dann versucht, die Tür zum Schalterraum zu öffnen, was aber nicht gelang. Schließlich kamen die Diebe noch zu dem Wirt te Breuil in Werth, wo sie aber bei ihrer Arbeit gestört wurden. Da die Polizei den Tätern auf der Spur ist, können diese hoffentlich bald gefaßt und der verdienten Strafe zugeführt werden. Es ist wohl anzunehmen, daß es sich in allen Fällen um dieselben Personen handelt. In der gleichen Nacht hat ein Zollbeamter auf dem Wege von Bocholt nach Werth einen Mann angehalten, der Speck, Schinken und Cognak bei sich trug. Er gab an, die Sachen bei einem Bauern bekommen zu haben. Der Beamte nahm ihm vorsichtigerweise seine Arbeitsnachweiskarte ab. Der Wirt Weck wurde jetzt innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit zum zweiten Mal von Einbrechern heimgesucht.

m. **Rhede,** 9. Juli. **Diasporasonntag in Rhede.** Am morgigen Sonntag wird in der hiesigen katholischen Kirche ein sogenannter Diasporasonntag abgehalten und zwar für die Diasporagemeinde Halver im südwestlichen Westfalen. In dieser Gemeinde, die 600 Katholiken unter 7—8000 Andersgläubigen zählt, liegen die religiösen Verhältnisse überaus traurig: es ist weder eine Kirche noch eine katholische Schule vorhanden. Der Gottesdienst wird notdürftig in einem kleinen Betraum des Wohnhauses des Geistlichen abgehalten. Alle katholischen Kinder müssen andersgläubige Schulen besuchen. Es muß also notwendig für eine Kirche und eine katholische Schule gesorgt werden. Sonntag wird nun der Seelsorger dieser Gemeinde in der hiesigen Kirche in den hl. Messen über die Not seiner Diasporagemeinde predigen und dann anschließend die Kirchenkollekte abhalten. Die Bischöfliche Behörde von Paderborn hat die Sammlungen für diese Gemeinde warm empfohlen und hinzugefügt: „Die 600 Seelen zählende Diasporagemeinde gehört zu den ärmsten unserer Diözese". Mögen die Katholiken der Gemeinde Rhede — so wie auch andere Gemeinden es schon getan haben — morgen zeigen, daß sie für ihre Glaubensgenossen in der Diaspora und zwar im eigenen Westfalen, in echter Bruderliebe eine besondere Spende übrig haben.

m. **Rhede,** 9. Juli. **Großes Preisschießen im Jugendheim.** Am morgigen Sonntag beginnt im Jugendheim Rhede ein großes Preisschießen. Als wertvolle Preise sind u. a. ein elegantes Herrenfahrrad und ein Regulator ausgesetzt. Außerdem winken den glücklichen Schützen noch vier weitere wertvolle Preise. Das Schießen ist öffentlich und nimmt bereits am heutigen Samstag, abends 6 Uhr, seinen Anfang. Alles Weitere ist aus den ausgehängten Plakaten zu ersehen.

v. **Rhede,** 9. Juli. **Kriegerverein.** Der Kriegerverein macht seine Mitglieder schon jetzt darauf aufmerksam, daß sich der Verein am Sonntag, den 17. Juli, geschlossen an der Jubelfeier des Bocholter Kriegervereins beteiligt. Wahrscheinlich wird der Verein mit Musik zu Fuß marschieren, für nicht marschfähige Kameraden ist ein Wagen zur Stelle. Es ist sehr erwünscht, daß sich alle beteiligen. Alles Nähere wird an dieser Stelle noch bekannt gegeben. Eine Versammlung dieserhalb findet nicht mehr statt.

r. **Borken,** 8. Juli. **Neues Finanzamtsgebäude.** Der schon seit langer Zeit geplante Neubau eines Finanzamtsdienstgebäudes für das hiesige Finanzamt wird nun in kürzester Zeit in Angriff genommen werden. Das Reichsbauamt in Münster i. W. nimmt Bewerbungen von Unternehmern bis zum 18. Juli entgegen, woselbst auch die Unterlagen für Angebote erhältlich sind.

* **Velen,** 8. Juli. **Gewitter.** In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag brach über unseren Ort ein kurzes aber schweres Gewitter herein. Der Blitz schlug einmal in einen eisernen Leitungsmast der elektrischen Lichtleitung, ein zweitesmal in das Haus des Postboten a. D. Wiechers und zündete. Der Blitz ist in den Schornstein geschlagen, hat ihn dann nach kurzer Strecke an der Seite verlassen und seinen Weg durch den Dachfirst in das Haus genommen. In dem auf dem Dachboden aufbewahrten Heu und Stroh fand das Feuer reiche Nahrung, so daß der Dachstuhl im Augenblick lichterloh brannte. Die Feuerwehr war rasch zur Stelle und konnte durch ihre Tätigkeit noch einige Möbelstücke, das Vieh und einen großen Teil des Hauses retten. Ein später einsetzender Regen nahm dem Feuer vollständig die Gewalt.

* **Buldern,** 8. Juli. **Schwerer Verbrecher entwichen.** Der wegen schwerer Einbruchsdiebstähle auf Schloß Buldern und in der dortigen Kirche im Lüdinghauser Amtsgericht inhaftierte Bauarbeiter Pflug aus Holthausen bei Castrop ist in den Morgenstunden des Mittwoch aus dem Gerichtsgefängnis entwichen. Die Flucht geschah dadurch, daß der Entwichene dem Gefängniswachtmeister plötzlich ein Gefäß mit flüssigem Inhalt gegen den Körper schleuderte, um im Anschluß daran sofort das Weite zu suchen. Die Verfolgung des Verbrechers wurde sofort aufgenommen, blieb jedoch ohne Erfolg.

* **Herwest-Dorsten,** 8. Juli. **Aus Eifersucht niedergestochen.** Am Mittwoch abend bat ein Anwohner der Augustastraße in Herwest-Dorsten ein bei seiner Mutter in Kost gehendes junges Mädchen um eine Unterredung vor dem Hause. Als nun das Mädchen diesem Wunsche Folge leistete, wurde es von dem jungen Manne mit einem Brotmesser angegriffen und an der rechten Brust schwer verletzt. Das Mädchen wurde in bedenklichem Zustande in das Dorstener Krankenhaus geschafft. Als Grund zu dieser Tat kommt Eifersucht in Frage. Der Festgenommene wurde nach der Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt, da kein Fluchtverdacht vorliegt.

Vom Niederrhein.

— **Isselburg,** 9. Juli. **Auszeichnung.** Das preußische Staatsministerium verlieh dem früheren Bürgermeister unserer Stadt, Herrn Brandt in Köln, Ehrenbürger der Stadt Isselburg, das Erinnerungszeichen für Verdienste um das Feuerlöschwesen.

— **Haldern,** 8. Juli. **Blitzschlag.** In der Nacht zum Donnerstag schlug der Blitz in das Gebäude des Transformators nahe bei der evangelischen Kirche ein. Im selben Augenblick war die Stromzufuhr für die ganze Gegend unterbrochen. Der obere Teil des Häuschen brannte aus. Die Kraftstrom benötigenden Betriebe hatten am nächsten Tage unter dem Ausbleiben des Stromes zu leiden.

— **Xanten,** 8. Juli. **Sonnentage in Birten!** Ganz plötzlich ist der Sommer hereingebrochen und so strahlt auch die Arena des altrömischen Amphitheaters in Birten im Licht einer warmen, gefunden (längst fälligen) Sommersonne! Man kann sich kein schöneres Wochenende denken, als einen Ausflug nach Birten bei Xanten, zu Fuß, mit der Reichsbahn oder mit dem Rheindampfer und einen Besuch der Birtener Festspiele. Zur Aufführung gelangt bekanntlich das Legendenspiel „St. Viktor" unter Mitwirkung von 400 Berufs- und Laienspielern. Niemand sollte diesen schönen und dankbaren Ausflug nach Birten versäumen!

Turnen, Sport und Spiel.

:: **Schülersportfest der höheren Lehranstalten am Niederrhein in Wesel.** Teilnehmer: Gymnasium Bocholt, Emmerich, Progymnasium Rees, Reformgymnasium mit Realschule Sterkrade, Progymnasium Geldern und Gymnasium nebst Realschule Wesel. Die Ergebnisse, in denen das Gymnasium Bocholt den ersten oder einen der weiteren Plätze belegte, sind folgende: Einzelkämpfe A-Klasse (19 Jahre und älter): Weitsprung 1. Greven, Sterkrade, 5,85 Meter; 2. Welling, Bocholt, 5,80 Meter. — Hochsprung 1. Mölling, Bocholt, 1,50 Meter; 2. Michiels, Bocholt, 1,35 Meter. Kugelstoßen (7¼ Klg.) 1. Welling, Bocholt, 8,65 Meter; 2. Michiels, Bocholt, 8,52 Meter. — Mannschaftskämpfe (100-Meter-Lauf, Weitsprung, Hochsprung und Kugelstoßen mit der 5-Klg.-Kugel): C-Klasse 1. Emmerich 318 Punkte; 2. Wesel 276 Punkte; 3. Bocholt 270 Punkte. Einzelkämpfe, 1000-Meter-Lauf: 1. Kraska, Bocholt, 3,17 Min.; 2. van den Bruck, Wesel, 3:17,6 Min.

:: **Turnverein Bocholt 1867.** Es sei an dieser Stelle noch auf die durch Anzeige bekannt gegebene, am heutigen Samstag abend 8 Uhr im Vereinslokal „Bürgerkrug" stattfindende Monatsversammlung hingewiesen. In Anbetracht des in Kürze stattfindenden 60jährigen Wiegenfestes stehen wichtige, jedes Mitglied interessierende Punkte auf der Tagesordnung. T.

:: **J. C. „Olympia".** Den Vereinsmitgliedern hiermit zur gefälligen Kenntnisnahme, daß am morgigen Sonntag, morgens 10,30 Uhr, im Vereinshause die diesjährige Generalversammlung stattfindet. Da auf der Tagesordnung äußerst wichtige Punkte; u. a. Neuwahl des Vorstandes, stehen, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu der Versammlung pünktlich zu erscheinen.

:: **Sport- und Spielverein Rhede.** An die heute Abend punkt 8,30 Uhr stattfindende Monatsversammlung wird hiermit erinnert. Tagesordnung wird im Vereinslokale bekannt gegeben. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird dringend gewünscht.

Radfernfahrt.

„Großer Bismarckpreis von Westfalen". 210 und 28 Klm.

Die größte radsportliche Veranstaltung in diesem Jahre in Bocholt, wird die am morgigen Sonntag unter obigem Titel durch den Radfahrer-Verein „Westfalia 09" zum Austrag gelangende Fahrt sein. Die Fahrt setzt allen bis dahin stattgefundenen die Krone auf. Ein Rekord in der Nennungsliste von 150 Fahrern wird alles bisher Dagewesene in Bocholt überbieten; wir glauben daher, daß der Radfahrer-Verein „Westfalia" mit seinem Beitritt zum V. D .R. keinen Fehltritt gemacht hat.

In die Liste der A- und B-Gruppe haben sich 80 Fahrer eintragen lassen, darunter die besten deutschen Bundes-Amateure Wallenborn, Thiel, Dirks, Tüller, Börsch, Weck vom R.-V. Bismarck Radevormwald, weiter finden wir in der Liste Schenk, Hemer; Hoffmeister, Essen; Wollram, Solingen; Mandelartz, Köln; Rosendahl, Bielefeld; Lankes, Viersen; Küsters, Krefeld; Coßmann und Siemens, Köln. Diese Fahrer sind alle dazu fähig, als Sieger in Frage zu kommen, aber auch die Gruppe B, welche eine Vorgabe von 10 Minuten erhält, weist in ihrer Liste sehr starke und gute Fahrer auf. Daher ist es sehr leicht möglich, daß ein Fahrer dieser Klasse das Rennen gewinnen kann. Die besten Fahrer dieser Gruppe sind: der unter Nr. 1 in der Nennungsliste eingetragene Bocholter Est, der schon lange reif ist für einen Sieg, weiter sind es Essing, Essen; v. d. Heiden, Krefeld; Lübbers, Borken; Zwillenberg, Kallreit und der Ex-Berufsfahrer Wilde, Gladbeck; der Sieger der letzten Fahrt und Verteidiger des Wanderpreises der „Grenzwarte" Lehnen, Bönninghardt; Everding, Bocholt; Schenk und Janke, Berlin; Benz und Reitz, Elberfeld; Schäfer und Schleicher, Dortmund; Möbus, Köln; Schiewi, Gelsenkirchen und Sonnenschein, Barmen. Einen voraussichtlichen Sieger zu nennen, wollen wir unterlassen, da das Feld nur aus Klasse-Fahrern besteht. Die Bocholter Fahrer kämpfen in diesem Wettbewerb gleichzeitig um den „Salem-Gold-Wanderpreis"; Verteidiger ist der früher in Bocholt ansässige Schupo-Wachtmeister Kallweit, der vor einigen Wochen die „Preußen-Meisterschaft" der Schupo und Reichswehr überlegen gewinnen konnte, wir glauben aber, daß der Bocholter Est ihn in diesem Jahre gewinnen wird.

In der Jugendklasse Gruppe C, die nur 28 Klm. zu bewältigen haben, sind auch die besten westdeutschen Fahrer vertreten. Hier finden wir als erste in der Liste die Bocholter Jansen, Otten und Stevens, Lux, Bochum, den Sieger vieler Jugendrennen unter der Nr. 11 Werner Cuny, Dortmund; Gebr. Wiertz, Düsseldorf; Gay, Hamborn; Lohmann, Bochum; den Sieger des letzten Jugendrennens am vergangenen Sonntag in Solingen Paffrath, Ohligs; Droste, Köln; Tix, Dortmund. Hier haben sich 70 Fahrer eintragen lassen, so daß eine größere Anzahl von Fahrern im Endkampf um den Sieg kämpfen wird. Wir hoffen in dem spurtschnellen Cuny, Dortmund den voraussichtlichen Sieger gefunden zu haben, der Paffrath, die starken Bocholter Otten und Jansen, Wilde, Gladbeck und Gay, Hamborn auf die nächsten Plätze verweisen wird. — Hoffen wir, daß der Wettergott gnädig ist, das Rennen einwandfrei verläuft und die besten Fahrer in den einzelnen Gruppen den Sieg davon tragen. Alles Nähere ist zu ersehen aus dem Bericht der gestrigen Nummer dieser Zeitung sowie Inserat und den Festschriften. Die ganze Veranstaltung wird ihre Abwickelung am „Kaisergarten" finden. kakrei.

Blätter aus der Chronik des Pfarr-Cäcilien-Vereins St. Josef, Bocholt.

Zum 30jährigen Jubiläum.

Am 24. November 1897 wurde die neuerbaute St. Josefskirche durch den hochw. Herrn Bischof Hermann von Münster feierlich eingeweiht. Zu dieser erhebenden Feier hatte sich der Chor der Mutterkirche St. Georg zur Verfügung gestellt. Seinem Wirken ist es mit zu verdanken, daß der Tag der Einweihung zu einem Feste für das ganze kath. Bocholt geworden ist. Von nun an luden vom schlanken Turm der neuen Kirche die Glocken zum Gottesdienst. Jetzt galt es, die gottesdienstliche Feier durch Gesang zu schmücken, es ergab sich die Notwendigkeit, aus den Reihen der Pfarreingesessenen einen eigenen Kirchenchor zu gründen. So fanden sich denn schon am Vorabend des 1. Adventsonntages in der Sakristei des Gotteshauses einige sangesfreudige Männer ein, die unter Leitung des späteren Rektors und Organisten Herrn Ostendorf die liturgischen Gesänge für den folgenden Tag übten. Dieses erste Zusammentreffen zum Zwecke der gesanglichen Uebung sollte zur Gründung des Kirchenchores der Gemeinde führen, die beteiligten Sänger bildeten den Grundstock der neuen Gemeinschaft, ihr Dirigent war mehr als 20 Jahre der verdienstvolle Förderer und Leiter des Chores. Nach diesem Zeitpunkt fanden die Proben regelmäßig statt. Unter Hinzuziehung neuer Mitglieder wurde mit allem Eifer danach gestrebt, die heilige Handlung am Altare in möglichst würdiger Weise zu Gottes Ehre und zur Erbauung der Gläubigen zu verschönen, getreu dem hohen Ziele eines Kirchenchores. Manch stimmbegabter junger Mann fand den Weg zum Chor, fand freudiges, frisches Schaffen bei echt kath. Gesinnung, wurzelte fest und blieb treues Mitglied. An den Uebungsabenden gab pünktlich der Stab des Dirigenten das Zeichen zum Anfang, ebenso pünktlich wurde die offizielle Probe geschlossen, sind doch die Gesangsabende nicht zuletzt auch Stunden der Erholung. An Freud und Leid der Mitglieder nahm der Chor den regsten Anteil, manch neu begründetes Familienglück wurde in frohem Kreise gefeiert, manch treuer Freund in den nun verflossenen Jahren aber auch zu Grabe getragen. Im Jahre 1906 wurden zum ersten Mal bindende Satzungen festgelegt, die in ihrem wesentlichen Kern noch heute bestehen.

Die letzten Jahre vor dem Kriege brachten auch die Aufstellung einer Knabenabteilung und damit das erstmalige Auftreten als gemischter Chor. Wenn in den ersten Jahren nach der Gründung das Hauptgewicht auf den Urgesang der Kirche, den Choral, gelegt werden mußte, war man später dazu übergegangen, mehrstimmige kirchliche Gesänge und auch weltliche Lieder mit in das Programm aufzunehmen.

Im Laufe des Weltkrieges mußte, durch Einberufung von Dirigent und Mitgliedern gezwungen, die fortschreitende Entwicklung einen empfindlichen Rückschlag erleiden. Man beschränkte sich wieder auf die liturgischen Gesänge. Auch die Proben konnten nicht mehr stattfinden. Die Knabenabteilung ging ganz ein. Als jedoch der Friede die früheren Sänger in die Heimat zurückführte, nahm auch der Dirigent wieder den Stab zur Hand, und bald erscholl das Lob des Allerhöchsten von neuem voll zum Himmel empor. Leider hatte auch der Chor schwere Verluste zu beklagen. Ihrer und der übrigen Toten wird am Jubeltage im feierlichen Festhochamt besonders gedacht werden.

Leider sah sich im Jahre 1921 der Herr Rektor Ostendorf aus gesundheitlichen Gründen genötigt, die Leitung niederzulegen. Ihm folgte der hochw. Herr Kaplan Arden. Unter seiner Leitung erwachte auch die Knabenabteilung zu neuem Leben. Schon im folgenden Jahre mußte wieder ein Dirigentenwechsel eintreten. Hochw. Herr Kaplan Eickmann übernahm den Chor. Diese letzten Jahre des Vereinslebens stehen noch am deutlichsten in aller Erinnerung. Sie brachten die verschiedenen Dekanats-Cäcilien-Feste, sie brachten das 25jährige Jubiläum der Pfarrkirche, die Beschaffung einer noch fehlenden Glocke durch die Tätigkeit des Chores, und damit in Verbindung die Aufführung eines Weihnachts-Oratoriums, der Passion von H. F. Müller, Liederabende und Weihnachtsfeiern.

Nun stehen wir am Vorabend des Jubelfestes. In emsiger Tätigkeit der Chormitglieder ist der Tag vorbereitet, der in Verbindung mit der Feier des 7. Dekanats-Cäcilienfestes steht. Der Jubelchor hat zu diesem Feste eine inhaltsreiche Festschrift herausgegeben, die auch mit Photographien von Chor und Kirche wirkungsvoll geschmückt ist.

Möge der Verlauf des Festes uns ein dankbarer Rückblick sein auf die nun vergangenen 30 Jahre, daneben aber ein Ansporn zu weiterem frohen Schaffen!

Gottesdienst-Ordnung.

Sonntag, den 10. Juli 1927.

St. Georg. 6, 7, 8 und 9 Uhr hl. Messen. 10 Uhr Hochamt. 2 Uhr Christenlehre und Aloysius-Andacht. 4 Uhr Sakraments-Andacht. — Die Kommunionknaben beider Schulen (Herzogstraße und Kurfürstenstraße) haben am Sonntag gem. hl. Kommunion; Samstag 12 Uhr Vorbereitung. — Die Jünglings-Sodalität, die Jugend-Vereine und der Gesellenverein haben bei der 8-Uhr-Messe gem. hl. Kommunion.

Wallfahrt zum Annaberg am 10. Juli 1927.

4,30 Uhr hl. Messe in St. Georg; während der hl. Messe wird die hl. Kommunion ausgeteilt. 6 Uhr Segen und Auszug von St. Georg zur Bahn. Die Fahrkarten (5,— Reichsmark) sind bis spätestens Samstag bei Herrn Josef Imping, Nordstraße, in Empfang zu nehmen. Dort sind auch die Kinder anzumelden, welche als Engelchen mitgehen wollen.

Liebfrauen. Hl. Messen sind: 6.30, 7.15, 8.15, 9 und 10 Uhr; letztere ist Hochamt. 2,30 Uhr ist Andacht zu Ehren des hl. Aloysius und Christenlehre. Auch in Stenern ist Christenlehre. Gem. hl. Kommunion haben 7,15 Uhr die Jünglinge, 8 Uhr die Mädchen der Stadtschulen. (Vorbereitung ist am Samstag 11,45 Uhr.) — Die Kollekte ist für die neue Orgel.

St. Josef. 6, 7, 8 und 9 Uhr hl. Messen. 10 Uhr Levitenamt mit mehrstimmigem Gesang. 2,30 Uhr (statt 2 Uhr) Festandacht mit Gesängen der einzelnen Kirchenchöre des Bezirks. Das Mittelschiff ist den Chören reserviert. — 7 Uhr Monatskommunion für die Jünglinge und gem. hl. Kommunion des Kirchenchores. 8 Uhr gem. hl. Kommunion der Knaben aus der Schule 6; Samstag 12 Uhr Vorbereitung.

St. Agnes-Hospital. 7 Uhr hl. Messe. 5,30 Uhr Andacht.

St. Agnes. (Gymnasium.) 8,30 Uhr hl. Messe mit Predigt. 12 Uhr Andacht.

St. Klara. 7 Uhr hl. Messe. 6 Uhr Andacht.

Kapuzinerkloster. 6, 6,30 und 7 Uhr hl. Messen. 8 Uhr Hochamt. 2,30 Uhr Andacht.

Spork. 7 Uhr Frühmesse und gem. hl. Kommunion der Sodalen. 9,30 Uhr Hochamt und Predigt. 2,30 Uhr Andacht.

Werth. 7 Uhr hl. Messe. 10 Uhr Hochamt. 2,30 Uhr Christenlehre und Andacht. — Nächsten Sonntag gem. hl. Kommunion der Jungfrauen.

Barlo. 7 Uhr hl. Messe mit gem. hl. Kommunion der Männer und Jünglinge. 9 Uhr gem. hl. Kommunion der älteren Knaben und Mädchen. 10 Uhr Hochamt mit Predigt. 3 Uhr Todesangst-Bruderschaft.

Dingden. 6,30 Uhr erste hl. Messe mit gem. hl. Kommunion der vorjährigen Kommunionkinder. 8 Uhr zweite hl. Messe mit Frühpredigt. 9 Uhr Gottesdienst in der Kapelle zu Nordbrock, hl. Messe mit Predigt. 10 Uhr Hochamt mit Predigt. 2,30 Uhr nachm. Christenlehre und Rosenkranz-Bruderschaft.

Suderwick. 7,30 Uhr hl. Messe mit gem. hl. Kommunion der Jünglinge. 10 Uhr Hochamt mit Predigt. 3 Uhr Christenlehre und Andacht. — Nächsten Sonntag ist gem. hl. Kommunion der Jungfrauen.

Rhede. 6 Uhr hl. Messe. 6,30 Uhr hl. Messe mit gem. hl. Kommunion der Schulen zu Vardingholt und des Jugendvereins. 9 Uhr hl. Messe und Predigt. 10 Uhr Hochamt und Predigt. 2,30 Uhr Andacht zum hl. Aloysius.

Anholt. 6,30 Uhr hl. Messe; gem. hl. Kommunion der Jünglings-Sodalität. 8 Uhr hl. Messe. 10 Uhr Hochamt und Predigt. 3 Uhr nachm. Andacht.

Isselburg. 7,30 Uhr Frühmesse mit Generalkommunion der Kinder. 10 Uhr Hochamt mit Predigt. 2,30 Uhr Christenlehre und Andacht.

Andachten im Laufe der Woche:

St. Georg. Donnerstag 8,30 Uhr Sakraments-Hochamt, abends 8,30 Uhr Sakraments-Andacht.

St. Klara. Dienstag 6 Uhr Antonius-Andacht.

Evangelischer Gottesdienst.

Bocholt. 10 Uhr Gottesdienst. 11 Uhr Kindergottesdienst. 12 Uhr Taufen.

Verantwortlich für den Zeitteil: für Politik Chefredakteur Dr. Maser, für den allgemeinen provinziellen u. vermischten Teil Felix Overthun, für Feuilleton Josef Hom, für Handel Dr. Ing. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münsterland Alfons von Bevern, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Jacger und D. Häfner, Berlin SW. 11, für den allgemeinen Inseratenteil Jos. Sibb, Münster. Verlag: J. & A. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Dr. B. Schmitz, Bocholt, für den örtlichen Anzeigenteil Joh. Remmes, Bocholt.

Kinderpflegeartikel

Nähr- u. Kräftigungsmittel
Artikel für Wöchnerinnen

Drogerie Bruns
Nordstr. 22



Gott der Allmächtige nahm heute morgen 4 Uhr meinen lieben Mann, unsern guten, treusorgenden Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, den

Zahnarzt

Dr. med. dent. Leo Pottmeyer

zu sich in die Ewigkeit. Er starb nach langer, schwerer Krankheit, aber plötzlich und unerwartet infolge eines Ohrenleidens, versehen mit den Tröstungen unserer heiligen Kirche, im 40. Lebensjahre.

Wir bitten, des lieben Verstorbenen im Gebete zu gedenken.

Bocholt, Essen, Gladbeck, Carshalton (England), den 8. Juli 1927.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Lisbeth Pottmeyer, geb. Messing.
Liselotte Pottmeyer,
Walter Pottmeyer,
Familie Wwe. Alois Pottmeyer,
Familie Georg Messing.

Das feierliche Levitenhochamt findet statt am Montag, den 11. Juli 1927, morgens 8 Uhr, in der Liebfrauenkirche, darauf die Beerdigung vom Elternhause, Osterstraße 13.

STATT KARTEN

Stephanie Inderfurth
Franz Bertrums
Verlobte

Bocholt — s'Hertogenbosch
den 10. Juli 1927.



Städtische Freiwillige Feuerwehr Bocholt

Am **Montag, den 11. Juli 1927,** abends 8¼ Uhr. findet auf dem Platze am Steigerturm eine

Gesamtübung

der Wehr statt.

Antreten der Mannschaften 8,10 am Gerätehause. Die Mannschaften des automobilen Löschzuges treten 8,10 am Gaswerk an.

Nach der Übung

Mitglieder-Versammlung

im Vereinslokal „Bürgerkrug."

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Branddirektor.

Gut Hünting

Sonntag, den 10. Juli, ab 4 Uhr:

Garten-Konzert

ab 8 Uhr:

Tanzkränzchen

Eintritt frei!

Große Gartenbeleuchtung.

HOTEL-RESTAURANT FRANKEN
REES a/Rh. — MARKT 32

Erstklassiges Bierrestaurant
Spezial-Ausschank des bekannten
MÜNCHENER SPATEN
hell und dunkel.
Stallung — Auto-Garage

Frische

Kartoffeln

Holländische Erstlinge,
Holländische Mäuse,
Leo Bigge,
Landeserzeugnisse-Großhandlung,
Fernruf 2158.

Freiwillige Feuerwehr Rhede.

Sonntag, den 10. Juli 1927

Feier des

42. Stiftungsfestes

Nachmittags punkt 4 Uhr

Uebung

am Gerätehaus und Sturmangriff unter Mitwirkung der freiwilligen Sanitätskolonne vom roten Kreuz, Rhede. Hieran anschließend Beginn des

Festballes.

im Hengstermann'schen Saale.

Schluß 12 Uhr.

Fremde haben nur Zutritt, wenn dieselben durch Mitglieder der Wehr eingeführt werden und zahlen

Herren Eintritt 1.— RM.
Damen „ 0.50 „

Amtseingesessene, welche nicht Mitglied der Wehr sind, zahlen 0.50 RM.

Zu recht zahlreichem Besuch dieser Veranstaltung ladet frdl. ein

Der Vorstand.

Restaurant Huyink
Anholt

Sonntag, den 10. Juli 1927 ab 4 Uhr

Konzert mit Tanz

Tel. Isselburg 81. Nach Amtschluß
Dauerverbindung mit Wesel.

Kreis-Tierschau

am 12. Juli 1927
auf dem Viehmarktplatze in Borken i. W.

Vormittags 9 Uhr: Beginn der Schau.

Während der Schau: Konzert auf dem Ausstellungsplatze.

Nach der Prämierung Vorführung der prämiierten Tiere.

Nachmittags 1½ Uhr: Gemeinschaftl. Mittagessen im Nienhaus'schen Saale.

Nachmittags 4 Uhr:

Konzert und Preisverteilung

im Nienhaus'schen Saale und Garten.

Abends 8 Uhr:

Ball

im neuen Bresser'schen Saale.

(Schluß 1 Uhr.)

Eintrittsgelder werden erhoben:

1. Zur Besichtigung der Ausstellung und zum Konzert 1 RM. einschl. Katalog.
2. Zum Ball für Mitglieder 1 RM., eine Dame frei, für jedes weitere Familienmitglied 50 Pfg. — Für Fremde, durch Mitglieder eingeführt 2 RM.

Bocholter Kriegerverein

Sonntag vorm. von 11 Uhr ab

Ausgabe der Freikarten

für die Mitglieder beim Kameraden Anschlag, Nebenstr. Jedes Mitglied, welches das Fest mitmacht, muß sich am Sonntag die Karte abholen, da später keine Freikarten mehr ausgegeben werden. Die letzte Quittung über die gezahlten Beiträge ist mit vorzulegen.

Der Vorstand.

Kriegerverein 16. A. K.

Sonntagmorgen 10,30 Uhr

Versammlung

Tagesordnung

1. Aufnahme.
2. Kriegerfest betr.
3. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind die Kameraden **mit ihren erwachsenen Söhnen** herzlich und dringend eingeladen.

Der Vorstand.



Artillerieverein

Sonntag morg. 11 Uhr

Monats-versammlung

im Bürgerkrug

Tagesordnung

betr. Kriegerfest.
Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Deutscher Werkmeister-Bund

Ortsgruppe Bocholt

Wegen des Bezirkstages in Coesfeld fällt die Monatsversammlung **aus.**

Der Vorstand.



Kneipp-Verein Bocholt.

Am Sonntag den 10. Juli findet ein

Familien-Ausflug

nach dem Gute Schmitz in der Hohenhorst statt. Sammelpunkt 2,45 Uhr an der evangelischen Kirche. Für Kinderbelustigung usw. ist bestens gesorgt. Teilnehmer haben Trinkgeschir und Mundvorrat mitzubringen.

Der Vorstand.

Notburgaverein.

Sonntag 5 Uhr

Versammlung.

Letzter Termin zur Anmeldung für Calcar. 2,50 RM. sind gleich zu zahlen.

F. C. O.

F. C. Olympia e. V.

Am Sonntag, 10. Juli, vormittags 10,30 Uhr findet im Vereinslokale die diesjährige

General-Versammlung

statt.

Erscheinen Ehrensache!

Sonder-Angebot in Betten

Federn doppelt gereinigt **1.35, 1.70, 95 Pfg.**	**Federn** haltbar und füllkr. **2.90, 2.50, 2.10 Mk.**	Meine Spezialmarke **Halbdaunen** daunenreiche Ware **4.50, 4.—, 3.50**
Halbweißer **Gänserupf** großflockig und weich **5.80 Mk.**	**Graue Daunen** reich füllend **8.—, 6.—, 5.50 Mk.**	Weiße **Halbdaunen** flaumenreich und daunig **10.—, 8.50, 7.50 6.50**
Einschläf. **Unterbett** echtrot Inlett, 6 Pfd. Federn **23.—, 25.—, 18 Mk.**	Einschläf. **Oberbett** echtrot Inlett, 7 Pfd. Federn **36.—, 28.—, 24.—, 19.50**	Zweischläf. **Oberbett** echtrot Inlett, 8 Pfd. füllkr. Federn oder Halbdaunen **48.—, 39.—, 30.—, 23.75**

Plümos in allen Größen und Preislagen, **Kissen,** volle Größe, von **4—12** Mk.

Steppdecken, Wolldecken in großer Auswahl.

Metallbettstellen, Kinderbettstellen in Holz und Metall, stets großes Lager.

Polster-Auflagen in jeder Ausführung und Preislage.

Bevor Sie sich zur Anschaffung entschließen, bitte ich um zwanglose Besichtigung und Einholung einer billigst gestellten Offerte.

Heinrich Eising, Königstr. 10

Aeltestes Spezial-Bettenhaus am Platze.

Eisenbahn-Verein Bocholt.

Sonntag, den 10. Juli 1927

Ausflug nach Cleve

Abfahrt Vormittags 10,20 Uhr.

Der Vorstand.

Restauration
„Waldesruh"
Haldern Rhld. Fernr. Rees 83

1 Station hinter Empel
(Sonntagsfahrkarten bis Empel)

Beliebter Ausflugsort
Inmitten herrlicher Waldungen.

Gutgepflegte Biere, ff. Schnittchen.

Wissen Sie schon!
Weinbrand, Arrak, Rum, Rotweine
kauft man gerne in der
Drogerie Gebr. Steiner, Markt 8.

Neu-Eröffnung.

Asthma!

ist heilbar selbst in den **schwersten Fällen.** Sofortige Hilfe, schon nach wenigen Tagen ungestörte Nachtruhe. Keine Berufsstörung.

Das Pneso-Heilverfahren,

hat gleich gute Erfolge bei: Schwerem Bronchialkatarrh, altem Husten, Keuchhusten, Heuschnupfen, Grippe und deren Folgen.

Medikamenten-Vernebelung.

Einziges Institut am Platze.

Das Pneso-Ambulatorium in Bocholt, Ludgerusstr. 3 — Ravarditor — ist täglich **geöffnet von 9—12 und 2—7 Uhr. Sonntags v. 11—1 Uhr.**

Aerztliche Sprechstunden:
Montag - Mittwoch - Freitag von 4-6 Uhr nachm.

DRUCKSACHEN

aller Art liefert schnell und billig **J. & A. Temming.**

5/25 NSU

Phaeton **M. 4.950.— ab Werk**

Innensteuerlimousine **M. 5.850.— ab Werk**

Sieger im Taunusrennen

NSU startet mit 2 Wagen und geht als Doppelsieger mit bester Runden- und bester Tageszeit durchs Ziel.

Sieger im Großen Preis von Deutschland

4 **NSU** Wagen starten und erringen 4fachen Sieg in ihrer am stärksten besetzten Klasse in der Reihenfolge I, II, III und IV.

Sieger im Nürburgring Eröffnungs-Rennen

Müller auf **NSU** siegte in seiner Klasse überlegen gegen schwerste ausländische Konkurrenz.

NSU Vereinigte Fahrzeugwerke A.-G. in Berlin.